



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Raschdau, L.: Der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag

Von L. Raschdau

Auf S. 86 seiner „Erinnerungen“ erwähnte Erzellenz Hammann als einen der vorragenden Räte der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes zur Zeit des Überganges vom bismarckischen zum sogenannten neuen Kurs den Geheimen Legationsrat, nachmaligen Gesandten und bevollmächtigten Minister Raschdau. Erzellenz Raschdau ist es, der uns auf besonderes Bitten die folgenden Ausführungen zum Buche von Hammann geschrieben hat. Wir glauben kaum, daß es viele Kritiker gibt, die gerade wie Erzellenz Raschdau, ein naher Mitarbeiter des Fürsten Bismarck, berufen sind, die Vorgeschichte des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages klarzustellen. In der vorliegenden alleseitigen Beleuchtung ist der Vorgang noch nirgends politisch behandelt worden.

Die Schriftleitung



Unter den diplomatischen Akten, die dem ersten Kanzler des Deutschen Reiches zugeschrieben werden, ist wohl keiner, der die öffentliche Meinung so stark beschäftigt hat, als jenes Abkommen zwischen Deutschland und dem Russischen Reich, dem man den Namen des Rückversicherungsvertrages gegeben hat. Von dem Augenblicke ab, wo die „Hamburger Nachrichten“ im Herbst 1896 von seinem Dasein der Welt Kenntnis gegeben haben, ist er nicht mehr aus der öffentlichen Erörterung gewichen. Seinen Inhalt kennen auch heute nur sehr wenige, und eben dieser Umstand ist es, daß Historiker und Politiker sich in allerlei bald scharfsinnige, bald phantastische Betrachtungen verrennt haben über die Tragweite jenes Vertrages und die Folgen seines plötzlichen Endes. Darüber hinaus hat so ziemlich alles, was in Deutschland politisch denkt oder interessiert ist, Stellung zu diesem Abkommen in dem Sinne genommen, daß jeder Bewunderer des großen Staatsmannes — und das ist natürlich die übergroße Mehrzahl der Nation — sich verpflichtet sah, das Abkommen als ein Meisterstück seiner staatsmännischen Tätigkeit und die Auflösung als ein vaterländisches Unglück anzusehen, daß dagegen solche, die mit ihrer Kritik auch jener großen historischen Persönlichkeit gegenüber nicht zurückhielten, auch jenen Akt mit skeptischen Augen ansahen. Die Beurteilung seines Wertes wurde gewissermaßen eine Frage der Pietät! Ein sachliches unbefangenes Urteil aber war um so schwieriger als, wie gesagt, der Inhalt des Abkommens bis heut geheim geblieben ist und die Umstände, unter denen es geschlossen war und schließlich fallen gelassen wurde, nicht weniger verborgen sind.

Nun hat sich ein Mitglied des auswärtigen Dienstes, der einstige Leiter der Presseabteilung, Dr. Hammann, in einem eben erschienenen Buche, betitelt „Der neue Kurs“, eingehender über den Rückversicherungsvertrag geäußert. Er hat dem betreffenden Kapitel die Überschrift gegeben: „Der abgerissene Draht nach Ruß-

land“ und kennzeichnet mit diesem viel gebrauchten Schlagwort die Bedeutung, die der Vertrag in der öffentlichen Meinung nach dem Ausscheiden des großen Kanzlers gewonnen hat. Es macht den Eindruck, als ob der Verfasser den Inhalt des Vertrages nicht näher kennt, aber seine amtliche Stellung hat ihm doch Gelegenheit geboten, die mit der Auflösung des Vertrages verbundenen Folgen, wirkliche wie vermutete, aus der Nähe zu beobachten, und er war bemüht, sich danach ein Urteil über die Tragweite zu bilden, das man mit um so größerem Interesse lesen wird, als ziemlich alles, was bisher öffentlich darüber gesagt worden ist, von unzutreffenden Voraussetzungen ausgeht. Dr. Hammann sagt uns in seinen Darlegungen über diese Vorgänge eigentlich wenig Neues, und das auch nur nebenbei, in unauffälliger Art. Er vermeidet, wie überhaupt auch sonst in seinem Buch, alles, was sensationellen Anstrich hätte, obwohl er doch ohne Zweifel imstande wäre, manches zu erzählen, was sein Werk für ein großes Publikum begehrt machen würde. Mancherlei kann man zwischen den Zeilen lesen, doch dazu gehören Vorkenntnisse, über die nur ein beschränkter Kreis von Lesern verfügt. Bei dem hier vorliegenden Gegenstande bedeutet es schon etwas, daß die üblichen Fertümer bezüglich bestimmter Tatsachen vermieden worden sind. An diese Tatsachen knüpft Hammann dann in seiner Beurteilung gewisse Folgerungen, und er kommt zu dem Schlusse, daß der Wert des Rückversicherungsvertrages außerordentlich überschätzt worden sei.

Nachdem jetzt fast ein ganzes Menschenalter seit dem Erlöschen des Vertrages verstrichen ist und unser politisches Verhältnis zu Rußland in keinem Zusammenhange mehr damit steht, vielmehr auf ganz neuen Grundlagen aufgebaut werden muß, ist es nützlich, über das Wesen, die Entstehung und Lösung des vielbesprochenen Abkommens etwas mehr zu sagen, als bisher bekannt ist. Man muß zu diesem Zweck etwas weiter in die Geschichte unserer Zeit zurückgreifen.

Es ist ein Grundzug der gesamten Politik des großen Kanzlers gewesen, die Beziehungen zu Rußland möglichst freundlich zu gestalten. Aber er war doch ein zu scharfer Beobachter, um nicht zu sehen, daß diese Bemühungen auf der anderen Seite keiner vollen Gegenseitigkeit begegneten. Um nicht weiter zurückzugehen, sei auf die Begleitumstände des deutsch-französischen Krieges verwiesen. Wir waren damals der wohlwollenden Haltung des russischen Kaisers, der tatsächlich die Politik seines Reiches viel selbständiger leitete, als man gewöhnlich annimmt, so weit sicher, daß wir das verdächtige Treiben des österreichischen Staatskanzlers Grafen Beust mit Ruhe beobachten konnten, zumal es sich bald herausstellte, daß der magyarische Einfluß sich einem österreichisch-französischen Zusammengehen widersetzte. Graf Bismarck hat damals das Wohlwollen des Zaren mit unserer diplomatischen Unterstützung quittiert, als Rußland in einer die Welt überraschenden Weise sich der Verpflichtung, keine Kriegsschiffe auf dem Schwarzen Meere zu halten, für ledig erklärte. Wie wir während des Krimkrieges Rußland vor einem westlichen Angriff bewahrt haben, dann während des polnischen Aufstandes im Gegensatz zu der französisch-englischen Einnischung auf seine Seite getreten sind, so haben wir auch in der Pontusfrage Rußland zu einem mühelosen Erfolge verholfen. Man kann die Frage stellen, ob es angesichts solcher deutscher Dienste, denen gegenüber die Demütigung von Olmütz stand, zweckmäßig war, jenen Dankbrief zu schreiben, in dem Kaiser Wilhelm nach Beendigung des Krieges dem kaiserlichen Neffen seine warme Erkenntlichkeit für die Unterstützung aussprach, die dieser uns mit seiner freundschaftlichen Neutralität geleistet hatte. Denn schon damals wurde offenbar, daß die Einigung und der kräftige Aufstieg Deutschlands in der russischen Gesellschaft mit lebhaftem Unbehagen verfolgt wurde. Als Thiers seine Reise an die Höfe der neutralen Großmächte ausführte, um deren Unterstützung gegen die deutschen Friedensbedingungen zu gewinnen, berief er sich in der Unterhaltung mit dem Zaren darauf, daß er überall in Petersburg lebhaften Sympathien für die französische Sache begegnet sei, und er setzte sich damit der kaiserlichen Zurechtweisung aus, daß die Politik in Rußland von dem Monarchen allein bestimmt werde. Begann einmal diese hohe und entscheidende Stelle in ihrer Neigung zu

Thiers

Deutschland nachzulassen, so war es so gut wie sicher, daß die Beziehungen der beiden benachbarten Völker eine schnelle Abkühlung erfahren würden. Und so geschah es wirklich. Es würde zu weit führen, die einzelnen Vorgänge anzuführen, die die allmähliche Entfremdung bekunden. Wer sich darüber genauer zu unterrichten wünscht, wird das Werk des Vicomte Sontaut-Viron über seine Botschafter-Tätigkeit in Berlin trotz der Einseitigkeit des Inhaltes nicht unbenutzt lassen dürfen. Es sind darin zahlreiche Berichte und Briefe über Unterhaltungen mit Alexander dem Zweiten und russischen Staatsmännern wiedergegeben.*) Überall, besonders während der bekannten Krise von 1875, kehrt dort die russische Mahnung an Frankreich wieder: „Werdet stark, unsere Interessen sind gemeinsam!“ Natürlich blieb dem deutschen Kanzler diese Entwicklung nicht verborgen, und er hat, wie man weiß, sie nicht zum wenigsten dem von Neid und Eitelkeit erfüllten Charakter des russischen Reichskanzlers zugeschrieben. Er hat dann unter dem Druck dieser allmählichen Wandlung den Versuch gemacht, mit Rußland in ein engeres vertragsmäßiges Verhältnis zu gelangen. Im August 1876 regte der Feldmarschall von Manoeuvre vorichtig beim Kaiser Alexander den Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses an. Der Monarch reagierte nicht darauf. Bald darauf aber richtete dieser in Livadia an unseren Militär-Bevollmächtigten General von Werder die verhängliche Frage: „Was werden Sie tun, wenn ich mit Österreich in Krieg komme?“ Wieder, im November 1876, kommt Fürst Bismarck auf die Bündnisfrage zurück, indem er durch den Botschafter von Schweinitz bei Fürst Gortschakow anfragen läßt, ob er in der Lage sein würde, einen Vertrag einzugehen, durch den Rußland gegen gewisse Leistungen im Orient den deutschen Besitz von Elsaß-Lothringen verbürge. Das lehnte der russische Kanzler rund ab. Wie Fürst Bismarck diese Verjagung auslegte, davon gibt uns der berühmte Bericht Kenntnis, den er im September 1879 aus Gastein an Kaiser Wilhelm erstattete, als er für den Abschluß des Bündnisses mit Österreich-Ungarn eintrat. Inzwischen hatte nämlich der russisch-türkische Krieg und insbesondere der Verlauf des Berliner Kongresses das Verhältnis Rußlands zu Deutschland so ungünstig gestaltet, daß ein ernstes Konflikt zwischen den beiden Mächten nicht außer dem Bereich der Möglichkeit lag. Die Außenwelt erfuhr davon nicht viel, aber in dem Verkehr der Kabinette nahm die Tonart einen immer drohenderen Charakter an. „Cela finira d'une maniere très sérieuse,“ so äußerte sich der Zar in seinen Vorwürfen, daß wir Österreich auf dem Balkan gegenüber den russischen Interessen beharrlich unterstützten. Das Schreiben, das Kaiser Alexander im August 1879 an seinen kaiserlichen Oheim richtete, war derartig, daß Bismarck dazu wörtlich bemerkte: „wenn wir in ähnlichem Ton antworten, dann ist das gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung“. Unter dem Einfluß dieser Vorgänge hat damals Fürst Bismarck den Weg von Gastein nach Wien genommen. Seinem Monarchen schrieb er, daß das slavophile Rußland seit dem Ausscheiden Napoleons den Frieden Europas bedrohe, es habe die Erbschaft des Napoleonischen Cäsarismus übernommen. Und er konnte nicht überrascht sein, als er dann in Wien vom Kaiser Franz Joseph und von Andrassy hörte, daß es nicht Rußland, sondern der Weigerung der französischen Regierung zuzuschreiben sei, wenn noch kein Bündnis zwischen den beiden Staaten bestehe.

Dieser Dinge**) muß man sich erinnern, um die treibenden Kräfte zu erkennen, die zu dem Rückversicherungsvertrage geführt haben. Unter den russischen Drohungen hatte die deutsche Politik — sehr gegen die Neigung des alten Kaisers, der fest an den Überlieferungen seines Hauses hing — die Wendung nach Österreich genommen und damit das alte Verhältnis zu Rußland gelöst. Wie seinen

*) Reiches Material enthalten darüber auch die russischen Briefe von G. Cleinow, die die „Grenzboten“ von 1905 ab bis kurz vor Ausbruch des Weltkrieges veröffentlicht haben. Die Schriftleitung.

**) Sie sind am ausführlichsten in der bekannten Lebensgeschichte des Grafen Andrassy von Wertheimer geschildert. Der Verfasser hat über diesen Zeitabschnitt die Akten des Berliner Auswärtigen Amtes benutzen dürfen.

ob wirklich so gemeint war das, was in Offiziell geschrieben?

Nein, das heißt nicht keine Option auch abgelehnt?

Onkel, so erfaßte auch den Zaren, dem die Wiener Abmachungen vertraulich mitgeteilt worden waren, Schwermut über das Geschehene. Er bereute den Brief, den er an den deutschen Kaiser geschrieben: „Ich muß gestehen, eine Dummheit begangen zu haben,“ äußerte er freimütig. Aber die Dinge waren nicht mehr ungeschehen zu machen, und jetzt setzte mit verdoppelter Kraft in Rußland unter der Form der panslawistischen Propaganda eine Bewegung ein, die ganz offensichtlich auf die Verbindung mit Frankreich und die gewaltsame Abrechnung mit Deutschland, das als Freund der Donaumonarchie und als angeblicher Beschützer der Türkei doppelt verabscheut wurde, lossteuerte. Je trüber sich die inneren Verhältnisse in Rußland gestalteten, um so mächtiger setzte diese friedensstörende Bewegung ein. Mit ihr verbanden sich jene dunklen Kräfte, die in einem Kriege und einer russischen Niederlage die einzige Möglichkeit sahen, die autokratische Verfassung des Reiches von Grund aus umzugestalten.

Fürst Bismarck hatte mit dem österreichischen Bündnis nicht nur die deutsche Widerstandskraft stärken und sichern wollen, es war ihm natürlich auch darum zu tun, der Möglichkeit einer Hinneigung Österreich-Ungarns zu Rußland, die durch den starken slawischen Teil der Donaumonarchie begünstigt wurde, zuvorzukommen. In vorderster Linie aber stand ihm immer die Erhaltung des Friedens. Er ließ daher auch in Wien keinen Zweifel, daß er für eine Betätigung der österreichischen Politik im Orient, die den Frieden gefährden könne, nicht zu haben sei. Auf der anderen Seite war die persönliche Neigung des Zaren, bei dem die Erinnerung an gemeinsame, besonders die monarchischen Interessen ihre Wirkung nicht verfehlte, dem Gedanken einer Verständigung förderlich. Dazu kam für Rußland ein weiteres wichtiges Moment. Die Beziehungen zu England waren seit der drohenden Haltung, die diese Macht während des ganzen Türkentrieges beobachtet hatte und die sich auch bei den Verhandlungen des Berliner Kongresses nicht verleugnete, sehr gespannt. Sie wurden jetzt verschärft durch die Gegensätze, die zwischen den beiden Großmächten wegen der Vorgänge in Zentralasien entstanden. Es ist sehr wesentlich diese Besorgnis vor der englischen Gefahr, die die russische Politik bestimmte, sich wieder Deutschland zu nähern und dort Sicherung gegen eine etwaige Koalition zu suchen. Der russische Botschafter Saburoff erhielt den Auftrag — im Frühjahr 1880 —, mit dem deutschen Kanzler Fühlung wegen eines Abkommens zu nehmen, das besonders die Fragen des Orients regeln sollte. Fürst Bismarck nahm diese Eröffnungen zunächst nur mit halbem Ohr auf. Er wies aber sogleich auf die Notwendigkeit hin, daß für eine solche Verständigung die Zuziehung Österreich-Ungarns notwendig sei. Nunmehr legte Saburoff den Entwurf eines Abkommens vor, gegen den Fürst Bismarck nur wenig einzuwenden hatte, vorausgesetzt, daß der mit Deutschland verbündete Staat damit einverstanden sei.

Fürst Bismarck hat sich nun eifrig bemüht, die Wiener Regierung zum Anschluß zu bewegen. Er war sich bewußt geworden, daß ein solcher Zusammenschluß, wenn er auch nicht den früheren Dreikaiserbund bedeutete, der Aufrechterhaltung des Friedens sehr förderlich sein könne. Aber er begegnete in Wien zunächst dem stärksten Widerstreben. Man war dort von solchem Mißtrauen gegen alles, was von Petersburg kam, erfüllt, daß die Bemühungen des Botschafters Prinzen Neuf auf Abneigung stießen. Es hat langer Einwirkung bedurft, bevor Minister von Hammerle sich entschloß, den deutschen Überredungen nachzugeben, und wenn er es tat, so war es sicherlich das Vertrauen in die Staatskunst des deutschen Kanzlers, das ihn wegen der Folgen beruhigte. Er wollte gern, erklärte er, den Hauptkern des Abkommens, die Friedenssicherung, annehmen, aber jeder Bindung auf dem Balkan war er abhold. Schließlich gelang es der Vermittlung des Fürsten Bismarck, die österreichische Abneigung zu überwinden und das dreiseitige Abkommen, das die Nachwelt mit dem Namen des Rückversicherungsvertrages bezeichnet hat, zustande zu bringen: es wurde für drei Jahre, von Juni 1881 ab laufend, abgeschlossen. Alexander der Zweite erlebte den Abschluß nicht mehr, er war kurz vorher den Bomben der Nihilisten erlegen. Auch der

Friedenssicherung

22

altersschwache Kanzler Gortschakow hatte die tatsächliche Leitung des Auswärtigen inzwischen in jüngere Hände gegeben. Aber sowohl der nachfolgende Zar als auch der Minister von Giers erkannten bereitwillig den Dienst an, den sie dem deutschen Kanzler zu verdanken hätten. „Wie zufrieden würde Väterchen mit diesem glücklichen Ergebnis gewesen sein“, schrieb Alexander der Dritte an den Rand des den Abschluß meldenden Berichts.

Das Abkommen legte den Beteiligten strengste Verschwiegenheit auf, und kaum jemals ist eine völkerrechtliche Abmachung, an der doch drei Staaten beteiligt waren, während des ganzen Bestehens so geheim gehalten worden wie diese. Nicht einmal die Möglichkeit ihres Daseins hat die Öffentlichkeit beschäftigt. Und rückschauend darf man sagen, daß diese Heimlichkeit vielleicht ihr stärkster Nachteil gewesen ist. Nicht Fürst Bismarck war es, der auf die Geheimhaltung drang, im Gegenteil, er hat wiederholt geäußert, daß ihm daran nichts liege. Aber sowohl in Petersburg als in Wien legte man darauf den größten Wert, dort, weil die Regierung besorgte, ihre Volkstümlichkeit zu verlieren, hier, weil man ernste, parlamentarische Kämpfe besorgte. Die natürliche Folge war, daß zwar die Regierungen in ihren Beziehungen darauf Rücksicht nahmen, die Volksstimmung aber in keiner Weise beeinflusst wurde.

Wenn trotzdem im Jahre 1884 der Vertrag erneuert wurde, so erklärt sich dies aus dem Umstande, daß man in Petersburg seine Vorteile zu schätzen verstand. Auch war es wohl nicht ohne Einfluß, daß der persönlich friedfertige Zar und sein Minister sich damit selbst schützen wollten gegen die unermüdblichen Intrigen, die in Petersburg rücksichtslos auf Konflikte drängten. Auf der anderen Seite aber erblickte Fürst Bismarck in der Verpflichtung Rußlands zur Neutralität nach wie vor eine Friedensbürgschaft, insbesondere in der Richtung, daß so der russisch-französische Bund vermieden werden könne. Auch diesmal wurde die Erneuerung von russischer Seite angeregt, indem Giers einen Besuch in Friedrichshagen im November 1883 benutzte, um den Kanzler dafür zu gewinnen. Mit einigen, nicht wesentlichen Änderungen wurde das Abkommen unter Beteiligung Österreich-Ungarns bis zum Jahre 1887 verlängert. Die Zusammenkunft der drei Kaiser in Eskerniewice im September 1884 bewies der Welt, daß wenigstens unter den Monarchen das gute Verhältnis nicht gestört sei. Weitere Abmachungen sind dort nicht getroffen worden: es war ein Höflichkeitsaustausch.

In welcher Weise Rußland aus dem Vertrage Vorteil zog, dafür sei hier ein Beispiel angeführt. Die russisch-englischen Beziehungen, ohnehin wenig freundlich, waren infolge des russischen Vorstoßes gegen Mexiko und Persien kritisch geworden. Es drohte ein offener Bruch. Wenn England schließlich sich zurückziehen mußte, so verdankte Rußland diesen Triumph wesentlich der Haltung Deutschlands. Wir haben getreu dem Geiste vertragsmäßiger Abmachungen auf unsere Verbündeten — auch Italien gehörte jetzt zu ihnen — und besonders auf den Sultan dahin eingewirkt, daß der Beschluß der Dardanellen gegen Kriegsschiffe aufrechterhalten blieb und damit Rußland in seiner ungeheuren Ausdehnung für England unangreifbar wurde. Die russische Regierung hat den Dienst, den Deutschland der russischen Politik damals leistete, besonders anerkannt.

Es würde zu weit führen, hier näher auf die Vorgänge im Balkan einzugehen, die das Verhältnis der Donaumonarchie zu Rußland in erster Linie bestimmten. Es genüge, an die hochfahrende Behandlung zu erinnern, die der russische Herrscher dem ersten Fürsten von Bulgarien angedeihen ließ und diesen zur Aufgabe seiner Stellung nötigte, oder an die übergreifende Tätigkeit, mit der der russische General Skulbars in Sofia den allgemeinen Unwillen erregte. Diese Vorgänge trugen nicht wenig dazu bei, die österreichisch-russischen Beziehungen zu gefährden. Graf Kalnoky beklagte sich oft bei dem deutschen Botschafter, das „verbündete“ Rußland benehme sich so unfreundlich wie nur je zuvor. Aber auch in Petersburg wurde man unter diesen sich kreuzenden Interessen des österreichischen Teilhabers am Vertrage überdrüssig. Im Mai 1887 äußerte sich Giers zum österreichisch-ungarischen Vertreter, daß von dem Vertrage etwas in

die Öffentlichkeit gedrungen sei und der Zar, mißgestimmt, wenig Neigung mehr zeige, den Vertrag zu erneuern. Auf österreichischer Seite scheint man darüber kein besonderes Bedauern gefühlt zu haben; man ließ den Vertrag ablaufen.

Dagegen stellte, ebenso wie früher, der russische Botschafter in Berlin den Antrag, das Abkommen nunmehr zu zweien zu erneuern. Auch diesmal ging Fürst Bismarck auf die Anregung ein, und nach längeren Verhandlungen, die an den wesentlichsten Punkten nichts änderten, einigte man sich wieder zu einem dreijährigen Abkommen, in dem auch wieder die Geheimhaltung besonders betont wurde. Dieser Vertrag ist bekanntlich im Jahr des Rücktritts Fürst Bismarcks abgelaufen. Auch damals, im Frühjahr 1890, hat man sich russischerseits Mühe gegeben, eine weitere Verlängerung zu erreichen. Man weiß, daß der Nachfolger im Reichskanzleramt, General von Caprivi, sich zu diesem Schritt nicht hat entschließen können, und so nahm der Vertrag im Juni 1890 nach neunjähriger Dauer sein Ende.

Es ist schon oben bemerkt, wie scharf die öffentliche Meinung in Deutschland die Aufgabe des Vertrages, als davon sechs Jahre später verlautete, verurteilt hat. Der Vorwurf, daß der neue Kurs den Draht nach Rußland willkürlich zerrissen habe und damit das für unsere Machtstellung so bedeutsame gute Verhältnis zu unserem östlichen Nachbarn zerstört und diesen in das französische Lager gedrängt habe, war zunächst so allgemein, daß jede Möglichkeit einer Rechtfertigung, zumal die Rücksicht auf die Teilnehmer am Vertrage die volle Aufklärung verhinderte, erfolglos schien und von den leitenden Männern kaum ernstlich versucht wurde. Erst viel später, als die mit dem Ausscheiden des großen Staatsmannes verbundene Erregung sich beruhigt hatte, ließen sich Stimmen hören, die unbefangener an die Prüfung der einschlägigen Fragen herantraten. Wir besitzen in der deutschen Literatur eine große Anzahl von Äußerungen über die Tragweite des vielberufenen Vertrages, aber sie alle mußten unvollkommen sein, da die für die Beurteilung notwendigsten Daten naturgemäß fehlten. Es war unbekannt, daß der Vertrag bereits im Jahre 1881 entstanden war, unbekannt auch, daß er sechs Jahre lang mit Oesterreich-Ungarn als drittem Teilnehmer bestanden hat — Dr. Hammann ist der erste, der jetzt diese beiden Tatsachen nebenbei erwähnt — unbekannt endlich auch, daß nicht Fürst Bismarck der ursprüngliche Schöpfer des Vertrages ist, sondern vielmehr die russische Regierung, die auch jedesmal die Erneuerung angeregt hat.

Aus diesen Tatsachen ergibt sich eine Reihe Folgerungen, die die bisherigen Betrachtungen nicht haben ziehen können. Die Hauptfrage ist und bleibt: welchen Nutzen hat der Vertrag für Deutschland gehabt? Denn davon hängt natürlich das Urteil darüber ab, ob seine Verlängerung notwendig und deren Ablehnung ein Fehler der deutschen Politik war. Nebenbei sei bemerkt, daß die immer wiederkehrende Angabe, der Vertrag sei gekündigt worden, nicht zutrifft. Es bedurfte einer Kündigung nicht, der Vertrag ist durch den Ablauf der vorbestimmten dreijährigen Dauer von selbst erloschen.

Um die Wirkung des Vertrages auf die deutsch-russischen Beziehungen zu beurteilen, wäre es erforderlich, ihre Entwicklung während der Jahre 1881—1890 zu schildern. Rein Vorurteilsfreier wird behaupten können, daß während dieser Zeit sich die seit Jahren, ganz besonders aber seit 1879 bestehende Spannung zwischen den beiden Mächten gemildert hätte. Aus diesem Grunde hat auch nirgend bei den anderen Mächten, die der Entwicklung wachsam zuschauten, ein Verdacht entstehen können, daß zwischen Deutschland und Rußland ein engeres Verhältnis auf Grundlage eines schriftlichen Abkommens bestehe. Es mag hier in aller Kürze, ohne auf Vollständigkeit Anspruch zu machen, auf die Momente hingewiesen werden, die den Charakter der deutsch-russischen Beziehungen in der fraglichen Zeit kennzeichnen. Zwar begann der neue Zar, eine menschen scheue, fast düstere Persönlichkeit von mäßiger Begabung, seine Herrschaft mit Handlungen, die auf eine friedliche Gesinnung schließen ließen. Die Wahl des sachlichen und verträglichsten, freilich auch schwachen Giers zum Nachfolger des eillen und intri-

Die Gründe hatten
schärfere Formulierungen
werden müssen!

2

gantem Gortschakow, die Entlassung des ränkevollen Ministers des Innern Ignatiem wurden bei uns als friedliche Anzeichen gedeutet. Aber gegen dieses System der Zurückhaltung erhoben sich immer rühriger die unruhigen Elemente des großen Reichs. Der mit Bombe und Messer arbeitende Nihilismus schien zwar zeitweilig überwunden, an seine Stelle aber trat der nicht weniger kampflustige und wegen seiner übergreifenden Ziele gefährlichere Panlawismus. Mit äußerster Gehässigkeit wurden alle Vorgänge ausgebeutet, die auf ein zunehmendes Interesse Deutschlands am Orient schließen ließen. Die Sendung deutscher Instrukteure nach Konstantinopel, der Besuch des Königs Milan in Somburg, die Annäherung von Serbien und Rumänien an die Mittelmächte, der freundschaftliche Verkehr zwischen dem deutschen Kaiser und dem Sultan, all dies erzeugte in Rußland eine wachsende Feindseligkeit. Der Zar wurde von Miljutin über die großen Verstärkungen der Grenztruppen im Dunklen gelassen, so daß er in der Lage war, auf Vorhaltungen unbefangen den Sachverhalt abzuleugnen. Die russischen Vertreter in den Balkanstaaten handelten gegen die Anordnungen der Zentrallleitung nach den Weisungen, die ihnen die Leiter der panslawistischen Bewegung zugehen ließen. In Bulgarien wurde ziemlich unvermittelt die ganze russische Politik, die bisher ein Großbulgarien gefördert hatte, umgestellt und damit eine österreichisch-englische Gegenarbeit scharfer Tonart geschaffen. Die chauvinistischen Treiber bekamen immer mehr Oberwasser in Rußland. Sie verabredeten sich jetzt ganz offen mit der französischen Kriegspartei. Das Jahr 1887 — das Jahr der Schnäbele und Brignon — ist voll von Verbrüderungen, bei denen Boulanger und Déroulède auf der einen, die Generale Bogdanowitsch und Baranow auf der anderen Seite gefeierte Größen waren. Die Presse ergoß sich in Schmähungen über den deutschen Vertreter in Sofia, weil die bulgarische Regierung mit Hinrichtungen von Aufständischen vorgegangen war. Es nuzte nichts, daß die amtliche russische Zeitung das Verhalten des deutschen Generalkonsuls als durchaus korrekt, die Beziehungen zu Deutschland als jedes Grundes zu Befürchtungen entbehrend erklärte, es nuzte auch nichts, daß Fürst Bismarck in seiner bekannten Reichstagsrede Bulgarien für Gefuba erklärte, über das Deutschland mit Rußland sich nie veruneinigen würde, in Rußland schienen, nach der großen Presse zu urteilen, alle Geister des Hasses entfesselt. Aber auch das Verhalten der Regierung wurde feindselig. Im Mai 1887 — also während der Vorbereitungen der Erneuerung des Vertrages — erregte der Ufas über die Grundbesitz-Verhältnisse an der Grenze in Deutschland peinliches Aufsehen. Es folgten die zahlreichen russischen Maßregeln gegen die Ausländer, besonders gegen das Deutschtum und die evangelische Kirche. Die russische, deutsche und österreichische Presse lagen in bitterem Kampfe. In Deutschland hatte, nachdem man erkannt, daß die russischen Anleihen wesentlich dazu dienten, das Land militärisch zu kräftigen, ein Teil der Presse einen heftigen Feldzug gegen die russischen Werte eröffnet, der von dem Erfolge begleitet war, daß Hunderte von Millionen den deutschen Markt verließen. Sie suchten in Frankreich Unterkunft und auch mit dieser Bewegung wurde dort und in Rußland Stimmung gemacht. Fürst Bismarck unterstützte diesen Prozeß durch das gegen die Reichsbank erlassene Verbot der Lombardierung der russischen Papiere. Man vergegenwärtige sich, daß dieses Verbot kurz vor dem Besuch des Zaren in Berlin, im November 1887, als eine eigene Art von Begrüßung erfolgte, und daß der Fürst in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ verbreiten ließ, er komme zu der Begegnung „auf Befehl des Kaisers“ von seinem Vandaufenthalt nach Berlin. Bald darauf veröffentlichte er den Bündnisvertrag mit Österreich-Ungarn, um der Welt zu beweisen, daß es sich lediglich um einen Verteidigungsbund handle. Es erfolgte aber auch die beträchtliche Vermehrung des deutschen Kriegsheeres. Sie wurde in einer Art von feierlich ernster Stimmung im Reichstage genehmigt. Kann ein Unbefangener, der sich diese Vorgänge ins Gedächtnis zurückruft, wirklich die Meinung hegen, daß der Rückversicherungsvertrag einen günstigen Einfluß auf die gegenseitigen Beziehungen der beiden Großmächte geübt habe? Es läßt sich nur erwidern, daß ohne ihn die

*Wenn! Er vor
liegen, ist das
durch den Reich
dann zu zeigen
Es handelt sich
hier um eine
Konvention.*

Lage vielleicht noch gespannter gewesen wäre. Das russisch-französische Bündnis schwebte in der Luft. Durch Vermittlung des Großfürsten Wladimir kam in Paris ein großes Waffengeschäft zustande. Frankreich lieferte an Rußland eine halbe Million Lebel-Gewehre gegen die Zusicherung, daß diese Gewehre nicht gegen Frankreich benutzt werden würden. Natürlich gab sich der große Kanzler von dieser Entwicklung vollkommen Rechenschaft, aber er traute seiner staatsmännischen Kunst zu, die dem Frieden drohenden Gefahren zu beschwören, und dazu rechnete er besonders die beständigen Spannungen im Orient, die das Verhältnis von Rußland zu Österreich-Ungarn gefährdeten. Und vor allem seiner persönlichen Einwirkung auf den russischen Monarchen legte er besonderes Gewicht bei. Bezüglich der Wirkung des Neutralitätsvertrages stiegen ihm natürlich, angefaßt der eine so vernehmliche Sprache redenden Vorgänge in Rußland, gelegentlich Zweifel auf, ob der Zar imstande sein werde, den Vertrag zu erfüllen, falls wir mit Frankreich in Krieg gerieten, und er hat ihnen bei Gelegenheit bestimmten Ausdruck gegeben. Noch einmal, gerade die äußerste Geheimhaltung des Vertrags trug wesentlich dazu bei, daß mit solcher Möglichkeit gerechnet werden mußte. Wo war aber dann der Nutzen dieses Vertrages für Deutschland, das seinerseits treu an ihm festhielt? Wir haben oben an einem Beispiel gesehen, welchen Vorteil Rußland daraus für seine Orientinteressen zog^{*)}. Aber auch sonst hat unsere Politik auf dem Balkan den russischen Wünschen und Interessen Rechnung getragen. Für uns dagegen hatte der Vertrag nur den Vorteil, daß er dazu beitrug, die Friedensstimmung des Zaren und seines nächsten Beamten lebendig zu erhalten. Liegen die Dinge aber so, dann läßt sich in der Tat behaupten, daß die Vorteile überwiegend auf der anderen Seite zu suchen waren. Eine Wirkung auf die politische Stimmung in Rußland war jedenfalls nicht erzielt worden und die Annäherung an Frankreich machte schnelle Fortschritte. Einer französisch-russischen Verständigung stand formell der Rückversicherungsvertrag übrigens nicht im Wege. Nicht sowohl von der Existenz unseres Vertrages als vielmehr von der Staatskunst des Fürsten Bismarck hing es ab, daß die fortdauernd fühlen Beziehungen sich nicht weiter verschlechterten. Als dann mit seinem Ausscheiden das ungeheure Gewicht seines Namens entfiel, das keinem seiner Nachfolger, wer es auch sei, beizubringen konnte, mußte die Frage in den Vordergrund treten, ob dem Vertrag die ursprünglich zugedachte Bedeutung noch beizumessen sei und ob bei einer längeren Fortdauer nicht unser Verhältnis, in erster Linie zu Österreich-Ungarn, dann aber auch zu anderen Staaten, denen gegenüber wir in unseren Bewegungen durch das Abkommen eingeschränkt waren, darunter leiden müsse. Wie diese Fragen zu beantworten waren, nachdem von russischer Seite die Erneuerung angeregt worden, darüber wird sich vielleicht auch heute noch keine volle Übereinstimmung in der Nation erzielen lassen. Jedenfalls hätte in der Art der Ablehnung eine andere Form gewählt werden können, vermöge deren Rußland die Rolle des Verzichtenden zugewiesen wurde. Das wäre unschwer zu erzielen gewesen. Aber darüber bestand damals unter allen Beteiligten nur die eine Ansicht, daß das Abkommen die von deutscher Seite erhoffte Wirkung nicht erzielt habe und daß sogar der Zar, auf dessen Haltung Fürst Bismarck nach seinen öffentlichen Erklärungen fest vertraute, bedenkliche Beweise der Unsicherheit — die Episode der gefälschten diplomatischen Schriftstücke zeugt davon — zu erkennen gab. Dr. Hammann erwähnt in seiner Schrift weitere Belege für das Mißtrauen, das den Zaren beherrschte, und er kommt zu dem erwähnten Schlusse, daß die Bedeutung des Vertrages weit überschätzt worden sei. Auch Professor Onken in seiner gedankenreichen neuen Schrift „Das

^{*)} Für Rußland lag der Hauptwert des Vertrages in der Aussicht, bei einem Konflikt mit England der deutschen Neutralität sicher zu sein. Klein-Göttingen in seinem Werke „Bismarck und seine Welt“ (Band 2) ist in Verlegenheit zu sagen, welcher Nutzen bei dem Vertrage für Rußland herausgekommen sei. Die Richtung auf England bleibt ihm ganz verborgen. Dagegen hat Graf Neventlow in seinem Werke „Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914“ diese Seite der Frage zutreffend dargelegt.

Dr. R. stark
die deutsche
Somit fällt
an Zarenhofe

alle und das neue Mitteleuropa“, die zu dem Besten gehört, was über die Bismarcksche Politik seit 1871 gesagt worden ist, kommt dieser Auffassung sehr nahe, obwohl auch er über die näheren Umstände des Vertrages nicht weiter unterrichtet ist, als alle anderen Beurteiler.

Ganz besonders aber muß einer Anschauung ein Ende gemacht werden, die auch heute noch weite Kreise beherrscht, nämlich der Meinung, daß der Reichskanzler es an Aufrichtigkeit gegenüber Österreich-Ungarn habe fehlen lassen. Es ist auch in Deutschland vielfach der Vorwurf erhoben worden, daß in dem deutsch-russischen Abkommen eine Loyalität gegenüber dem Donaufstaat gelegen habe. Bei unseren Verbündeten hört man auch heute noch immer wieder Stimmen, und zwar auch von hervorragender Seite, die sich recht kritisch über die damalige Politik Bismarcks aussprechen. Selbst in den öffentlichen Äußerungen des Grafen Andrássy des Jüngeren, dessen freundschaftliche Gesinnungen zu Deutschland und dessen Bundestreue über allem Zweifel stehen, finden sich noch in neuester Zeit Anklänge, daß der Vertrag nicht wohl vereinbar gewesen sei mit dem bestehenden Bundesverhältnis. Man kann sich ohne weiteres denken, wie die zahlreichen Kreise, die in der Donaumonarchie auf eine Lösung des Bundes mit Deutschland unverhüllt hinarbeiten, sich verhalten und wie sie daraus die Berechtigung herleiten, über den bestehenden Bündnisvertrag zur Tagesordnung zu gehen. Wie man im weiteren Ausland darüber denkt, davon hat uns ganz kürzlich der Unterstaatssekretär Lord Robert Cecil im britischen Parlament eine Probe gegeben, indem er den Rückversicherungsvertrag als eine Treulosigkeit gegen unsere Verbündeten hinstellte. Wie ungerecht dieser Vorwurf ist, erhellt aus obiger Darstellung. Der Vertrag ist sechs Jahre lang unter den drei Kaisermächten in Kraft gewesen. Er ist dann allein zwischen Deutschland und Rußland, in der Hauptsache unverändert, fortgesetzt worden. Nach der von Bismarck persönlich ausgehenden Erklärung der „Hamburger Nachrichten“ hat unser Verbündeter in Wien davon Kenntnis gehabt und Hamann bestätigt diese Feststellung. Wie sich aber auch davon abgesehen während der letzten Vertragszeit der Kanzler zu Österreich-Ungarn verhalten hat, dafür liegen unzweideutige altentworfene Beweise vor. Er hat bei dem schon erwähnten Besuch des Zaren in Berlin im November 1887 diesem gegenüber ausdrücklich betont, daß ein Angriff Rußlands auf Österreich-Ungarn uns zur vertragsmäßigen Unterstützung unseres Verbündeten verpflichten werde, und er hat von dieser Unterhaltung den deutschen Vertretern bei den befreundeten Mächten amtliche Mitteilung gemacht. Es ist schon oben erwähnt, daß es nicht Fürst Bismarck war, der die Geheimhaltung des Vertrages forderte, und er hat wiederholt hervorgehoben, daß das Wiener Kabinett sich jederzeit dem Vertrage hätte wieder anschließen können. Dies festzustellen, ist angesichts gewisser Bestrebungen, die sich bei unseren Verbündeten gegen das Bündnis richten, auch heute noch nützlich. Wie aber im übrigen jener vielberufene Vertrag zu bewerten ist, dafür dürfen die vorstehenden Ausführungen einigen Anhalt bieten.



Bodenrechtsreform

Von Hanns Czefalla



er Weltkrieg, diese blutigste und opferreichste aller Welttragödien, hat eine Reihe von Problemen in unsere Interessensphäre gerückt, deren Lösung keinen Aufschub duldet. Ein solches Problem erstreckt uns in dem Grund und Boden, dessen Lösung die *conditio sine qua non* ist, wenn Staat und Volk in der Kriegsfolgezeit nicht erschöpft zusammenbrechen, sondern gekräftigt ihre weltgeschichtliche Aufgabe erfüllen sollen.